

Druckvorschau

Thesen der Gesellschaft Berliner Schloss

Thesen zur Anhörung am 18.4.2001 vor der Expertenkommission - Nutzung und Finanzierung eines Gebäudes auf dem Berliner Schlossplatz

1. Die Mitglieder des 1991 gegründeten, ältesten der Stadtschlossvereine engagieren sich für den Wiederaufbau des Stadtschlusses als eines Wahrzeichens, das in seiner Bedeutung dem Brandenburger Tor und dem Reichstag kaum nachsteht. Städtebaulich war es Bezugspunkt des berühmten historischen Ensembles und Ausgangspunkt der historischen Meile bis zum Pariser Platz.

Der Hauptnutzen von Wahrzeichen ist ihr Identifikationswert. Je globaler die Architektur und je austauschbarer darum die Stadtbilder, desto wichtiger werden Wahrzeichen für die Identifikation mit der Stadt, für das Zugehörigkeits- und Heimatgefühl der Bürger und für die Attraktivität für Besucher und Zuwanderer. Weltweit in zunehmendem Maße werden daher identifizierende Bauwerke liebevoll erhalten und wieder aufgerichtet, wenn sie durch Brände, Bomben oder Akte der Barbarei zerstört wurden. Dass die zusätzliche Nutzung des Gebäudes nachrangig ist, demonstriert z.B. das Brandenburger Tor, das man lange nicht einmal als Tor für den Verkehr nutzen lassen wollte

Essentiell für die Wahrzeichenfunktion des Berliner Schlosses sind die drei Barockfassaden und die Kuppel. Der Schlüterhof ist ein zusätzliches Desiderat als architektonisches, kunsthistorisches Kleinod.

2. Die Residenzschlösser anderer deutscher Städte wurden nach oft totaler Zerstörung fast vollständig wieder aufgebaut, so in München, Würzburg, Mannheim, Stuttgart, Mainz, Kassel oder Dresden, sogar das Leine- und das Kieler Schloss, ferner die Bischofssitze in Trier oder Münster, die Rathäuser in Augsburg, Lübeck, Münster samt Prinzipalmarkt und Frankfurt samt Römerberg. Potsdam will folgen. Die Frauenkirche in Dresden wird als Symbol, nicht für Gottesdienste aufgebaut: die Landeskirche wollte sie nicht. In Berlin standen nur noch die Grundmauern von Schauspielhaus und Kronprinzenpalais, vom Charlottenburger Schloss nicht viel mehr. Aus Warschau ist das Schloss zu nennen, aus Danzig und Elbing die ganzen historischen Stadtkerne, aus Moskau sogar der Abriß einer Schwimmhalle für die wiedererrichtete Erlöserkirche, aus Hildesheim der eines Hotels für das Knochenhaueramtshaus. Ausnahmen bilden nur die Schlösser in Braunschweig, Dessau und Berlin.

Die Abrisse zwischenzeitlicher Neubauten signalisieren eine Änderung der Baugesinnung. Unser Verein arbeitet an einem Sammelwerk zur Rekonstruktion zerstörter Profanbauten in aller Welt, das zur Herbstsession der Kommission vorliegen soll.

Berliner, besonders die in anderen Bundesländern leben, empfinden es als Neid oder Missgunst, wenn man ihrer Stadt vorenthält, was den meisten anderen, auch München, ohne Umschweife gewährt wurde. Die Erklärung, einem Schloss der Hohenzollern sei nicht zuzubilligen, was denen anderer Fürstenthäuser recht ist, zeigt eher historische Unkenntnis: „Unwillen“ ihrer Bürger haben andere blutiger brechen lassen, und als Soldaten verkauften Hohenzollern ihre Landeskinder nicht.

3. Der Attraktivitätsnutzen der wieder aufgebauten Schlösser ist schwer messbar übersteigt aber den aus der Nutzung der Räume meist beträchtlich. Potsdam profitiert von Millionen Besuchern, weil sie Sanssouci sehen wollen. Fraglich ist, wie viele Reisen Wien ohne Hofburg, Belvedere und Schönbrunn noch wert wären.

Berlin, fernab der Wirtschaftszentren, fast deindustrialisiert und Schlusslicht auf den deutschen Wachstumslisten, braucht Städtetourismus dringender als Boomtowns wie München, Frankfurt oder Stuttgart.

Für moderne Bauten bietet Berlin immer noch mehr Platz als jede andere Stadt. Wir haben z.B. nichts gegen Hochhäuser an Alexanderplatz oder Zoo. Da Hochhäuser aber in jeder Großstadt zu finden sind, braucht niemand nach Berlin zu fahren, um sie gerade dort zu sehen. Eine der üblichen Kongress- oder Museumsbauten auf dem Schlossplatz würde der Attraktivität Berlins eher Abbruch tun.

4. Die unmittelbare Nutzung des Gebäudes hinter Fassade und Kuppel ist zwar nachrangig, aber bedeutsam für Effizienz und Finanzierung. Unser Verein hat dafür seit 1994 mehrere Vorschläge gemacht und den erhofften Nutzern unterbreitet.

a) Ideal, aber unbezahlbar und teilweise nicht einmal lohnend wäre die Rekonstruktion auch der Innenräume für Besucher wie in Sanssouci, Windsor oder der Wiener Hofburg. Eine Handvoll besonders wichtiger Säle sollte man aber für mögliche spätere Restaurierungen einplanen

b) Jahrelang haben wir uns um den Einzug von Staatsorganen, etwa Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt oder Bundesrat eingesetzt - getreu dem Vorbild der Schlösser in Stuttgart, Mainz, dem Leineschloss, Bellevue, dem Quirinals- oder Chigi-Palast. Leider wurden andere Standorte gewählt.

c) Als für Berlin zuständiges Mitglied des Geschf. Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (1994/96) weiß ich, wie schwierig es ist, in Berlin geeignete Säle für Veranstaltungen mit Staatsoberhäuptern zu finden. Wir mussten die Gäste jeweils bitten, über Unzulänglichkeiten in Hörsälen, in Schauspielhaus, Kronprinzenpalais, Palais am Festungsgraben oder hier im Rathaus hinwegzusehen.

Ungeachtet zahlreicher Kongressräume in ICC und Hotels besteht in Berlin dringender Bedarf an staatlich,

aber auch privat nutzbaren Repräsentations-, Fest- und Veranstaltungsräumen. An der Hauptfront des Schlosses zum Kupfergraben sollten dafür 20 bis 25 % der Gesamtfläche eingerichtet werden. Dann stünde z.B. für G-7-Treffen nicht mehr nur die Münchner Residenz zur Verfügung.

An der Spree fehlen Restaurants und Kaffeehäuser für Passanten. Bis zu 20 % der Gesamtfläche könnten sie einnehmen. Klugen Architekten könnte es gelingen, durch Verwendung von Teilen des Palastes und seiner Fassade Kosten zu sparen. - Übrigens wurden in vielen Schlössern Restaurant- und Festräume installiert, sogar in die Ruinen von Heidelberg.

5. Für den Mittelteil mit 50 - 60 % der Gesamtfläche gibt es inzwischen mehr Bewerber als Flächen. Statt den Neubau zu vergrößern, ist eine Auswahl zu treffen. Kriterien sollten, von Beitrag zur Finanzierung abgesehen,

- die dem hohen Rang des Ortes angemessene Hochwertigkeit der Nutzung,

- die Zugangsmöglichkeit für die Bürger - auch um die Tradition des Palastes der Republik insoweit fortzuführen,

- die Attraktivität der Nutzung für Berliner und auswärtige Besucher sein. Wir wünschen ein lebendiges Schloss mit vielen Besuchern von weither.

Daher sind menschenleere Archive oder Ämter ebenso unerwünscht wie rein kommerzielle Nutzungen, auch als Hotel. Die Grenze bilden für uns jedermann zugängliche Restaurants und öffentliche Dienstleistungen für das Publikum. Je mehr öffentliche Finanzierung, desto konsequenter kann die Auswahl sein.

a) Am Nächsten kommt diesen Kriterien der VDI für seine Dauerausstellung Moderne Technik auf ca. 15 % der Gesamtfläche. Wie notwendig es ist, besonders die Jugend an die Technik heranzuführen, wurde in der Green-Card-Diskussion deutlich. Der VDI will seinen Anteil selbst finanzieren.

b) Auf restlichen 40 - 50 % des Mittelteils, etwa 40 - 50.000 qm, wären uns Ausstellungen hochwertiger Exponate willkommen, allerdings nur wenn deren Qualität ausreicht, um z.B. auch von Louvre oder Smithsonian akzeptiert zu werden. Thematisch am besten würden zum Genius loci historische Präsentationen passen. Die Neue Gemäldegalerie besitzt Exponate, die allen Ansprüchen genügen würden.

c) Für Sammlungen minderer Qualität ist der Platz zu wertvoll. Nicht attraktiv genug wären Sammlungen, die zwar für Experten von hohem Wert, aber von wenig Interesse beim breiten Publikum sind. Zeugnisse aus der Geschichte der Naturwissenschaften großflächig und gar ohne verständliche Beschreibung auszustellen, würde das zugeordnete Areal bald menschenleer machen. Als Wechselausstellungen - wie in der zukunftsorientierten VDI-Ausstellung - mögen die Stücke auf begrenztem Raum zeitweise dargeboten, im übrigen in einem der trockenen Tiefkeller des Palastes an der Spreeseite aufbewahrt werden

c) Museen aller Art, tausendfache Endprodukte der Denkmalspflege in deutschen Städten mit historischen Stadtkernen, bereiten den Kommunen zunehmend Sorgen. Weil sie Bewohner fernhalten und Besucher auszubleiben pflegen, machen sie die Stadtkerne selbst zu leblosen Museen.

Für museale Nutzungen sollten Hochwertigkeit und Attraktivität besonders gründlich geprüft werden. Das gilt auch für die hoch gelobten Kostbarkeiten des Völkerkundemuseums Dahlem. Da dessen Besuch dort zu wünschen lässt, wird sein Umzug den Schlossplatz schwerlich beleben können. Die öffentlich vorgebrachten Bedenken von FU-Kollegen, die sich in den Sammlungen auskennen und ihren Wert eher bescheiden einstufen, sollte man sich nicht ignorieren. Am vornehmsten Ort der Hauptstadt fremde statt eigener Leistungen zu präsentieren, zeugt von Weltoffenheit und Zeitgeist, aber mehr noch von Selbstverleugnung.

d) Die Berliner Stadtbibliothek hat gegenüber Museen den größeren Publikumszulauf voraus, freilich kaum von außerhalb. Keinesfalls sollte die verfügbare Fläche noch durch Anbauten erweitert werden, um alle Bewerber unterzubringen und einer Auswahl zu entgehen. Der Wiederaufbau nur des Schlosskubus ist groß, teuer und schwierig genug.

6. Die Finanzierung eines Stadtschlusses auf öffentlichem Grund ist öffentliche Aufgabe und obliegt der öffentlichen Hand, zumal wenn es vorwiegend öffentlich genutzt werden soll. Private Vorfinanzierung und Bauleitung mögen erwogen werden, um Kosten zu sparen. Eine Privatisierung des Schlosses selbst ist nur ultima ratio für den Fall, dass es die öffentliche Hand nicht finanzieren kann oder will.

Die Mehrkosten von Barockfassaden und Kuppel (Wahrzeichen) durch Spenden aufzubringen, hat sich unser Verein viele Male erboten. Die Zusage könnte später auf Schlüterhof und einige Innenräume ausgedehnt werden. Zum Nachweis der Befähigung heutiger Steinmetze, Figuren zu rekonstruieren, hat der Verein 1993 in der Schlossatrappe ein Kapitel weißeln lassen. In einem Test trugen sich 9.300 Kleinspender gegen einen Obulus von im Schnitt 17 DM in das „Stadtschloss-Ehrenbuch“ ein, das in einem Portal ausgelegt werden und noch den Enkeln ermöglichen soll, ihre Vorfahren als Miterbauer wiederzufinden.

Gemessen an der Dresdner Frauenkirche einerseits, dem Außenministerium andererseits schätzen wir die Mehrkosten (noch ohne Schlüterhof) auf rund 60 - 80 Mio. DM. Dies ist eine sicher erreichbare Größe. Der Spendenstand in Dresden wird mit 120 Mio. DM angegeben.

7. Eine Vor- oder Refinanzierung kann voll für den Anteil des VDI , teilweise für die

privaten Betreibern zu überlassenden Festräume im Westteil und Restaurants an der Spree, also für mehr als

die Hälfte der Flächen eingeplant werden. Das Exempel des chronisch defizitären ICC deutet darauf hin, dass Zuschüsse nötig sind. Für die Vorhaltung repräsentativer Räume für Staatsempfänge lassen sie sich rechtfertigen.

Eine Refinanzierung der Restflächen ist weniger sicher. Die angedachte Umlenkung von 400 Mio. DM, die zur Sanierung der Museumsbauten in Dahlem bestimmt sind, muss Abriss und Rekultivierung der Grundstücke einplanen, sollen dort nicht einfach Ruinen stehen bleiben. Der Verkauf als Bauplatz für Villen ist auch in Dahlem nicht mehr einfach. 100.000 Wohnungen in Berlin stehen leer, die Bevölkerung sinkt. Viele Baustellen auch auf Villengrundstücken stehen verlassen, und während ihre Preise sinken, schwächelt mancher ihrer Bauträger.

Ob vom Land Berlin 300 Mio. DM für die Aufgabe der bisher für die Bibliothek genutzten Räume erwartet werden können, ist ebenso ungeklärt wie die Verwertbarkeit des Marstalls. Es bringt wenig, Das Schloss zu bauen und dafür den Marstall nebenan verfallen zu lassen.

Der Bund als Bauherr würde über genügend Mittel verfügen, wenn er auf den 4,5 Mrd. DM teuren, inzwischen 10fach überdimensionierten und noch dazu umweltschädlichen Ausbau von Havel und Teltowkanal verzichtete, der nicht zukunftsweisend und mehrfach unwirtschaftlicher ist als die aufgegebene Transrapidstrecke nach Hamburg. Die Investition nur eines Teilbetrages in das Schloss brächte für die ganze Region auch wirtschaftlich weit größeren Nutzen.

Zur angedachten Belastung der Wiederaufbaukosten mit rund 400 Mio. DM Grundstückswert bleibt anzumerken, dass von keinem Land oder Staat bekannt ist, es habe sich anlässlich von Sanierungen oder Rekonstruktionen eines seiner Schlösser Grundstückskosten erstatten lassen. Sie allein wegen der Zerstörung durch Ulbricht in Rechnung zu stellen, wäre abenteuerlich.

8. Für einen modernen Neubau würde es keine Spenden geben. Nur das Schloss in seiner im wesentlichen unveränderten äußeren Gestalt ist identifikationsfähig. Findet ein Sympathisant in einer Kombination mit Teilen des Palastes oder mit modernen Anbauten sein Schloss nicht wieder, wird er kaum spenden wollen.

Wir haben zu Bürgersinn und Opferbereitschaft nicht nur der Berliner mit dem Wahlspruch aufgerufen: „Bürger wollen ihr Schloss aufbauen“. Dresden hatte allein von der Spendenaktion für die Frauenkirche mehr Nutzen als die fertige Kirche der Stadt je einbringen wird. Auch darum bitten wir die Kommission: Geben Sie das Objekt frei, an dem sich Bürgersinn festmachen kann !